

Zum Schluss erinnern wir daran, dass es hier für die Personalmitglieder lediglich um eine Erlaubnis geht und nicht um eine Pflicht, die Bewaffnung außerhalb des geplanten Dienstes in Besitz zu halten, mitzuführen und zu befördern. Obwohl der Staatsrat der Meinung ist, dass dies nicht deutlich aus dem Text des Königlichen Erlasses hervorgeht, scheint uns der Begriff "Erlaubnis", der klar und unzweideutig ist, auszureichen, um jeden Zweifel auszuschließen.

Ich habe die Ehre,

Sire,
der ehrerbietige und getreue Diener
Eurer Majestät
zu sein.

Der Vizepremierminister und Minister der Sicherheit und des Innern
J. JAMBON

9. APRIL 2017 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 3. Juni 2007 über die Bewaffnung der auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizei sowie die Bewaffnung der Mitglieder des Enquetendienstes des Ständigen Ausschusses P und des Enquetendienstes des Ständigen Ausschusses N und des Personals der Generalinspektion der föderalen Polizei und der lokalen Polizei

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes, des Artikels 141 Absatz 2;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 3. Juni 2007 über die Bewaffnung der auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizei sowie die Bewaffnung der Mitglieder des Enquetendienstes des Ständigen Ausschusses P und des Enquetendienstes des Ständigen Ausschusses N und des Personals der Generalinspektion der föderalen Polizei und der lokalen Polizei;

Aufgrund der Stellungnahme des Ministers der Justiz vom 16. August 2016;

Aufgrund des Verhandlungsprotokolls Nr. 395/1 des Verhandlungsausschusses für die Polizeidienste vom 28. September 2016;

In der Erwägung, dass die Stellungnahme des Bürgermeisterats nicht ordnungsgemäß binnen der gesetzten Frist abgegeben worden ist und dass kein Antrag auf Verlängerung der Frist gestellt worden ist; dass sie infolgedessen außer Acht gelassen worden ist;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 60.860/2 des Staatsrates vom 15. Februar 2017, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

In Erwägung des Gesetzes vom 8. Juni 2006 zur Regelung der wirtschaftlichen und individuellen Tätigkeiten mit Waffen, des Artikels 27;

In Erwägung des Königlichen Erlasses vom 26. Juni 2002 über den Besitz und das Mitführen von Waffen durch die Dienste der öffentlichen Gewalt oder der öffentlichen Macht, der Artikel 1 und 2;

Auf Vorschlag des Ministers des Innern

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - In den Königlichen Erlass vom 3. Juni 2007 über die Bewaffnung der auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizei sowie die Bewaffnung der Mitglieder des Enquetendienstes des Ständigen Ausschusses P und des Enquetendienstes des Ständigen Ausschusses N und des Personals der Generalinspektion der föderalen Polizei und der lokalen Polizei wird ein Artikel 14*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 14*bis* - Unbeschadet der mit Gründen versehenen anderslautenden individuellen Beschlüsse, die von den in Artikel 16 bestimmten Beamten gefasst werden, kann der Minister bei überlokalen Phänomenen auf einheitliche und vorrangige Weise für alle oder einen Teil der Personalmitglieder der integrierten Polizei die in Artikel 13 Absatz 1 und 2 erwähnte Erlaubnis erteilen und die in Artikel 14 erwähnten besonderen Richtlinien erlassen."

Art. 2 - Der für Inneres zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 9. April 2017

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Sicherheit und des Innern
J. JAMBON

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2017/31208]

11 JANVIER 2016. — Arrêté ministériel déterminant les éléments permettant d'identifier le moyen de neutralisation utilisé dans les conteneurs dotés d'un système de neutralisation. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté ministériel du 11 janvier 2016 déterminant les éléments permettant d'identifier le moyen de neutralisation utilisé dans les conteneurs dotés d'un système de neutralisation (*Moniteur belge* du 2 février 2016).

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2017/31208]

11 JANUARI 2016. — Ministerieel besluit tot bepaling van de elementen die de identificatie toelaten van het neutralisatiemiddel gebruikt in de containers uitgerust met een neutralisatiesysteem. Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 11 januari 2016 tot bepaling van de elementen die de identificatie toelaten van het neutralisatiemiddel gebruikt in de containers uitgerust met een neutralisatiesysteem (*Belgisch Staatsblad* van 2 februari 2016).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2017/31208]

11. JANUAR 2016 — Ministerieller Erlass zur Festlegung der Elemente zur Identifizierung des Neutralisierungsmittels, das in den mit einem Neutralisierungssystem ausgerüsteten Containern verwendet wird — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Ministeriellen Erlasses vom 11. Januar 2016 zur Festlegung der Elemente zur Identifizierung des Neutralisierungsmittels, das in den mit einem Neutralisierungssystem ausgerüsteten Containern verwendet wird.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

11. JANUAR 2016 — Ministerieller Erlass zur Festlegung der Elemente zur Identifizierung des Neutralisierungsmittels, das in den mit einem Neutralisierungssystem ausgerüsteten Containern verwendet wird

Der Minister der Sicherheit und des Innern,

Aufgrund des Gesetzes vom 10. April 1990 zur Regelung der privaten und besonderen Sicherheit, insbesondere des Artikels 8 § 5 Absatz 1;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 7. April 2003 zur Regelung bestimmter Überwachungs- und Schutzmethoden für Werttransporte und bezüglich der technischen Spezifitäten der Werttransportfahrzeuge, insbesondere des Artikels 6 § 5;

Aufgrund der Bemerkungen der Europäischen Kommission in Anwendung der Richtlinie 98/34/EWG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, abgeändert durch die Richtlinie 98/48/EWG des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Juli 1998, insbesondere des Artikels 9 Absatz 7;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 58.250/2 des Staatsrates vom 16. Dezember 2014, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat, ersetzt durch das Gesetz vom 2. April 2003;

Beschließt:

Artikel 1 - Im Sinne des vorliegenden Erlasses gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. Königlicher Erlass: Königlicher Erlass vom 7. April 2003 zur Regelung bestimmter Überwachungs- und Schutzmethoden für Werttransporte und bezüglich der technischen Spezifitäten der Werttransportfahrzeuge,
2. Neutralisierungsmittel: Mittel, wie in Artikel 6 § 5 des Königlichen Erlasses erwähnt,
3. Container : Behälter, wie in Artikel 1 Nr. 7 des Königlichen Erlasses erwähnt,
4. Verwaltung: Direktion Private Sicherheit des Föderalen Öffentlichen Dienstes Inneres.

Art. 2 - Jedes Neutralisierungsmittel, das in der Verwendung von Tinte besteht, ist mit den Elementen versehen, wie sie im vorliegenden Erlass vorgesehen sind.

Art. 3 - Damit die Tinte als Neutralisierungsmittel identifiziert werden kann, müssen die Tintenflecken auf den Geldscheinen, die von der zur Neutralisierung verwendeten Tinte stammen, definitiv und unumkehrbar Elemente mit infraroten Eigenschaften enthalten, sodass die bei einer Wellenlänge von 810 Nanometern gemessenen Tintenflecken jederzeit einen Infrarot-Reflexionswert unter 60 bieten.

Art. 4 - Damit der Container, aus dem die tintenbefleckten Scheine stammen, identifiziert werden kann, müssen die Tintenflecken auf den Geldscheinen definitiv und unumkehrbar mit Elementen markiert sein, die vom Landesinstitut für Kriminalistik und Kriminologie als Markierungen identifiziert werden können.

Diese Elemente sind für jedes separate Los von in Belgien verwendeten Containern einmalig.

Ein Los besteht aus höchstens 300 Containern; es gibt in jedem Fall ein separates Los für jeden separaten Verkauf einer bestimmten Menge an Containern, auch wenn die Anzahl Container, die zum Verkauf gehören, unter 300 liegt.

Art. 5 - Der Antragsteller im Sinne von Artikel 22 § 1 des Königlichen Erlasses sieht für jeden Container, den er auf den belgischen Markt bringt, eine einmalige Containernummer und eine einmalige Losnummer vor.

Für jedes einzelne Los hält er folgende Informationen während mindestens zehn Jahren zur Verfügung der Verwaltung:

1. einmalige Losnummer,
2. Beschreibung der in Artikel 4 erwähnten einmaligen Elemente,
3. Containertyp, wie in Artikel 5 § 3 des Königlichen Erlasses erwähnt, der zum Los gehört,
4. Liste der Nummern der Container, die zum Los gehören,
5. Name und Kontaktangaben des Benutzers der Container,
6. Datum, an dem das Los auf den belgischen Markt gebracht wird.

Art. 6 - Der vorliegende Erlass findet Anwendung auf die Tinte, mit der folgende Container ausgestattet sind:

1. Container, die zum ersten Mal nach Ablauf einer Frist von fünf Monaten ab dem ersten Tag des Monats nach dem Datum, an dem der vorliegende Erlass im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht worden ist, in Gebrauch genommen werden,

2. Container, die vor dem in Nr. 1 erwähnten Datum bereits in Gebrauch waren, deren Tinte jedoch nach diesem Datum ersetzt worden ist.

Brüssel, den 11. Januar 2016

J. JAMBON

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C - 2017/31235]

13 SEPTEMBRE 2017. — Arrêté royal modifiant, en vue de transposer la directive 2014/57/UE, l'arrêté royal du 21 août 2008 fixant les règles complémentaires applicables à certains systèmes multilatéraux de négociation

RAPPORT AU ROI

Sire,

L'arrêté soumis à Votre signature vise à abroger les dispositions de l'arrêté royal du 21 août 2008 fixant les règles complémentaires applicables à certains systèmes multilatéraux de négociation dont le contenu figure dorénavant à l'article 39, § 2, et à l'article 40, § 4, de la loi du 2 août 2002 relative à la surveillance du secteur financier et aux services financiers.

Les articles 39, § 2, et 40, § 4, de la loi du 2 août 2002, qui constituent la transposition de l'article 1^{er}, paragraphes 2, 4 et 5, de la directive 2014/57/UE, déterminent désormais eux-mêmes le champ d'application complet des interdictions pénales en matière d'abus de marché. L'abrogation proposée est opérée dans un souci de sécurité juridique.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

CHAPITRE I^{er}. — Disposition introductive

Article 1^{er}

L'article 1^{er} fait référence à la directive du Parlement européen et du Conseil dont le présent arrêté assure la transposition partielle en droit belge.

CHAPITRE II. — Modification de l'arrêté royal du 21 août 2008 fixant les règles complémentaires applicables à certains systèmes multilatéraux de négociation

Article 2

L'article 9 de l'arrêté royal du 21 août 2008 désigne Alternext, le Marché Libre, le Trading Facility et Easynext comme autres marchés au sens de l'article 39, § 2, 1^o, de la loi du 2 août 2002, de sorte que les interdictions pénales en matière de manipulation de marché prévues par l'article 39 de la loi du 2 août 2002 s'appliquent également aux actes portant sur des instruments financiers qui sont admis à la négociation sur ces marchés ou qui font l'objet d'une demande d'admission à la négociation sur ces marchés. Désormais, l'article 39, § 2, de la loi du 2 août 2002 détermine lui-même le champ d'application complet des interdictions pénales en matière de manipulation de marché, en y englobant l'ensemble des systèmes multilatéraux de négociation ("MTF").

L'article 10 de l'arrêté royal du 21 août 2008 désigne Alternext, le Marché Libre, le Trading Facility et Easynext comme autres marchés au sens de l'article 40, § 4, 1^o, de la loi du 2 août 2002, de sorte que les interdictions pénales en matière de délit d'initié prévues par l'article 40 de la loi du 2 août 2002 s'appliquent également aux actes portant sur des instruments financiers qui sont admis à la négociation sur ces marchés ou qui font l'objet d'une demande d'admission à la négociation sur ces marchés. Désormais, l'article 40, § 4, de la loi du 2 août 2002 détermine lui-même le champ d'application complet des interdictions pénales en matière de délit d'initié, en y englobant l'ensemble des systèmes multilatéraux de négociation ("MTF").

C'est la raison pour laquelle la section II du chapitre V de l'arrêté royal du 21 août 2008, qui comporte les articles 9 et 10, est abrogée.

CHAPITRE III. — Dispositions finales

Article 3

Cet article fixe la date d'entrée en vigueur du présent arrêté à la date d'entrée en vigueur des articles 9 et 10 de la loi du 31 juillet 2017 modifiant la loi du 2 août 2002 relative à la surveillance du secteur financier

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIËN

[C - 2017/31235]

13 SEPTEMBER 2017. — Koninklijk besluit tot wijziging, met het oog op de omzetting van richtlijn 2014/57/EU, van het koninklijk besluit van 21 augustus 2008 houdende nadere regels voor bepaalde multilaterale handelsfaciliteiten

VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

Het besluit dat U ter ondertekening wordt voorgelegd, strekt ertoe de bepalingen van het koninklijk besluit van 21 augustus 2008 houdende nadere regels voor bepaalde multilaterale handelsfaciliteiten op te heffen waarvan de inhoud voortaan rechtstreeks is opgenomen in artikel 39, § 2, en artikel 40, § 4, van de wet van 2 augustus 2002 betreffende het toezicht op de financiële sector en de financiële diensten.

De artikelen 39, § 2, en 40, § 4, van de wet van 2 augustus 2002, die de omzetting vormen van artikel 1, leden 2, 4 en 5, van de Richtlijn 2014/57/EU, bepalen voortaan zelf het volledige toepassingsgebied van de strafrechtelijke verbodsbepalingen inzake marktmisbruik. De voorgestelde opheffing gebeurt ten behoeve van de rechtszekerheid.

COMMENTAAR BIJ DE ARTIKELEN

HOOFDSTUK I. — Inleidende bepaling

Artikel 1

Artikel 1 verwijst naar de richtlijn van het Europees Parlement en de Raad die door dit besluit gedeeltelijk in Belgisch recht wordt omgezet.

HOOFDSTUK II. — Wijziging van het koninklijk besluit van 21 augustus 2008 houdende nadere regels voor bepaalde multilaterale handelsfaciliteiten

Artikel 2

Artikel 9 van het koninklijk besluit van 21 augustus 2008 duidt Alternext, Vrije Markt, Trading Facility en Easynext aan als een andere markt in de zin van artikel 39, § 2, 1^o, van de wet van 2 augustus 2002, zodat de strafrechtelijke verbodsbepalingen inzake marktmanipulatie van artikel 39 van de wet van 2 augustus 2002 ook van toepassing zijn op handelingen die betrekking hebben op financiële instrumenten die zijn toegelaten tot de verhandeling op die markten of waarvan de toelating tot de verhandeling op die markten wordt aangevraagd. Voortaan bepaalt artikel 39, § 2, van de wet van 2 augustus 2002, zelf het volledige toepassingsgebied van de strafrechtelijke verbodsbepalingen inzake marktmanipulatie, waarbij ruim alle multilaterale handelsfaciliteiten ("MTF's") worden gevat.

Artikel 10 van het koninklijk besluit van 21 augustus 2008 duidt Alternext, Vrije Markt, Trading Facility en Easynext aan als een andere markt in de zin van artikel 40, § 4, 1^o, van de wet van 2 augustus 2002, zodat de strafrechtelijke verbodsbepalingen inzake misbruik van voorwetenschap van artikel 40 van de wet van 2 augustus 2002 ook van toepassing zijn op handelingen die betrekking hebben op financiële instrumenten die zijn toegelaten tot de verhandeling op die markten of waarvan de toelating tot de verhandeling op die markten wordt aangevraagd. Voortaan bepaalt artikel 40, § 4, van de wet van 2 augustus 2002, zelf het volledige toepassingsgebied van de strafrechtelijke verbodsbepalingen inzake misbruik van voorwetenschap, waarbij ruim alle multilaterale handelsfaciliteiten ("MTF's") worden gevat.

Daarom wordt afdeling II van hoofdstuk V van het koninklijk besluit van 21 augustus 2008, die de artikelen 9 en 10 bevat, opgeheven.

HOOFDSTUK III. — Slotbepalingen

Artikel 3

Dit artikel stelt de datum van inwerkingtreding van onderhavig koninklijk besluit vast op de datum van inwerkingtreding van de artikelen 9 en 10 van de wet van 31 juli 2017 tot wijziging van de wet